

Pressemitteilung der GEW Thüringen vom 03.02.2016

Die GEW Thüringen lehnt die Beteiligung der Flüchtlinge an den Kosten für die Integrations- und Sprachkurse ab

Das Bundeskabinett hat heute das Asylpaket II beschlossen. Ist es das Ende der Willkommenskultur? Auf jeden Fall ist es ein Schlag gegen eine gelingende Integration und ein Zeichen chronischer Unterfinanzierung dieses Bildungsbereiches.

Eine der beschlossenen Maßnahmen ist, von Teilnehmenden an Integrations- und Sprachkursen einen monatlichen Beitrag von 10 Euro zu verlangen. Dieser Betrag wird ihnen künftig von den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abgezogen. Die GEW lehnt die Beteiligung von Geflüchteten an den Kosten von Integrationskursen strikt ab. Mit der Kostenbeteiligung löst das Kabinett keine Probleme, sondern legt die chronische Unterfinanzierung der Integrationskurse offen. Für Geflüchtete und Asylsuchende sind Integrationskurse der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die Beteiligung an den Kosten ist das falsche Signal an Flüchtlinge und hindert Integration, statt diese zu fördern. Angesichts der Situation, dass sich aufgrund jahrelangen Versagens des Innenministeriums die Situation in den Integrationskursen hinsichtlich finanzieller Ausstattung der Träger, der Bezahlung und der sozialrechtlichen Stellung der Lehrkräfte nichts verbessert hat, ist das leider ein Höhepunkt einer unsinnigerweise restriktiven Bildungsstrategie.

Schlechtverdienende Lehrkräfte, zur Kasse gebetene Teilnehmende und zu geringe Kapazitäten einerseits, die Selektion zwischen jenen, die teilnehmen dürfen und solchen, die draußen bleiben müssen (alle, die nicht aus Syrien, dem Irak und Afghanistan kommen) andererseits – das signalisiert einen immer repressiveren und selektiveren Umgang mit Schutz suchenden Menschen.

Die GEW Thüringen fordert alle Thüringer Bundestagsabgeordneten auf, diesem „Kompromiss“ nicht zuzustimmen und stattdessen einzutreten für eine umfassende und für qualifizierte Träger kostendeckende Vergütung, die auch für die Lehrkräfte angemessen sein muss. Vergleichswerte ergeben sich aus der Bezahlung der schulischen Lehrkräfte. Nur so werde es gelingen, diese Aufgabe attraktiver zu machen und den steigenden Bedarf an Integrationslehrkräften zu decken.